

Haushaltsrede 2022 - II

15.12.2022

„Darf's ein bisschen mehr sein?“

wir alle kennen diese Frage an der Wurst- oder Käsetheke, bzw. beim Gemüseeinkauf. Viele haben in den vergangenen Jahren meistens mit „ja passt“ geantwortet. – Nach der seit Frühjahr rasant gestiegenen Inflationsrate, getrieben auch durch den massiven Anstieg der Energiepreise, auch als Folge des Kriegs in der Ukraine, wird diese Frage von deutlich weniger Menschen spontan mit „Ja“ beantwortet. Die Menschen, auch hier in Springe sorgen sich, wie sie die gestiegenen Lebenshaltungskosten auffangen können. **„Wie sollen wir das bezahlen“ ist eine Frage die man zunehmend hört.**

Ausgerechnet in dieser Zeit fällt der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes für 2023 gleich zu Beginn mit der Tür ins Haus: „die Steuerhebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer müssen angepasst werden“. So sollen auch die für die Gesamtstadt gestiegenen Kosten nicht nur mit Krediten finanziert werden. Während Bund und Land ein Entlastungspaket nach dem anderen auf den Weg gebracht haben um die Menschen aber auch die Unternehmen vor den Folgen der sich abzeichnenden Rezession zu schützen soll in Springe ein „Belastungspaket“ in Höhe von 1,5 Mio. geschnürt werden?

Das Defizit lag bei Haushaltseinbringung bei 4, 5 Mio., es gäbe keine Spielräume, keine Puffer mehr – so wurde die Ausgangslage geschildert, für eine zumindest teilweise Kompensation sei eine Steuererhöhung unumgänglich. Keine Sparvorschläge der Verwaltung? Die „böse“ Politik solls richten? Ganz so ist das sicher nicht gemeint, aber es fühlt sich für viele so an!

Ich möchte nicht falsch verstanden werden, eine maßvolle Grundsteuererhöhung, der entsprechend verbesserte Angebote gegenüberstehen, (Bsp. Ausbau der Kinderbetreuung, Schulneubau etc.) ist vielleicht angebracht. Andererseits wissen wir nicht, wie lange und in welchem Umfang Inflation und hohe Energiepreise die Leitungsfähigkeit der Bürger/Innen unserer Stadt noch schmälern werden. In dieser Zeit das Wohnen durch die Erhöhung der Grundsteuer zu verteuern ist für nicht wenige ein harter Schritt!

Und wenn es dann heißt, dass 20 von 50 Punkten der Kompensation der wegfallenden WkBs (- ich hoffe, dieses Wort jetzt ein letztes Mal benutzen zu müssen -) aus den Jahren 2018 bis 2021 dienen sollen, dann versteht so mancher die Welt nicht mehr. Hat nicht der Bürgermeister in den letzten Jahren immer wieder betont, dass man diese Einnahmen nicht benötige, die Rechnungen seien aus dem laufenden Haushalt beglichen? Wieso müssen dann bitte Kosten aus der Vergangenheit „kompensiert“ werden? Das wird Herr Springfeld den Bürger/Innen erklären müssen. Wir tragen daher eine Grundsteuererhöhung um 30 Punkte mit Bauchschmerzen mit– nicht mehr.

Anders bei der Gewerbesteuer: eine Anhebung um 55 Punkte, das ist ein ordentlicher Schluck aus der Pulle! Unsere Meinung dazu : die Erhöhung der Gewerbesteuer lehnt die Gruppe CDU/FWS zum derzeitigen Zeitpunkt ab. Die Springer Gewerbetreibenden brauchen nach Corona bei der sich abzeichnenden Rezession unsere Unterstützung und keine zusätzliche Steuerbelastung. Meine Aussagen zum Thema Verbesserung der strukturellen Lage der Stadt aus der Haushaltsrede des Frühjahrs sind nach wie vor aktuell.

Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach gesagt: „die Kommunen sind hoffnungslos unterfinanziert. Für die immer mehr übertragenen Aufgaben und höheren Standards, egal in welchem Bereich, braucht es eine entsprechende finanzielle Ausstattung“ – hier sind Bund und Land, die diese Aufgaben übertragen, gleichermaßen gefordert.

Darf's ein bisschen mehr sein?

Schauen wir auf die Diskussionen zum Haushalt:

die Anträge zum Haushalt enthalten viele neue Projekte, obwohl begonnene noch lange nicht beendet sind, andererseits warten manche Projekte schon mehr als 25 Jahre auf ihre Realisierung. (Feuerwehr Eldagsen um nur ein Beispiel zu nennen). So geht es nicht weiter!

Es wurden Mittel in den Haushalt 2022 eingestellt, für Projekte, von denen der Leiter des FD Hochbau glaubhaft versichert hat, dass die personellen Kapazitäten weder den Beginn, geschweige denn eine Realisierung möglich machen.

Es wundert mich schon sehr: wir hatten einen Leiter des FD Hochbau, der bei allen neuen Projekten immer wieder betonte, dass schaffen wir schon – wie weit müssten wir da jetzt schon sein? Nun haben wir einen Fachdienstleiter, der seine Kalkulation der Personalkapazitäten offenlegt, der uns genau sagt, welche Projekte mit der vorhandenen Ressource zu verwirklichen sind. Nach Meinung der Politik sind noch weitere Projekte zu schaffen, sie sollen möglichst hoch auf die Prioritätenliste gesetzt werden? Und am Ende des Jahres stellt man dann fest – man ist nicht weitergekommen, die finanziellen Mittel wurden nicht benötigt, haben aber zuvor den Haushalt unnötig aufgebläht. In den letzten Jahren mussten diese Mittel dann neu veranschlagt werden – nun sollen sie als Haushaltsreste wieder übertragen. Haushaltsklarheit ???

Bei der Forderung nach „Mehr“ muss es in Zukunft vorrangig um Qualität, Effizienz und Nachhaltigkeit gehen. Dafür ist eine klare Zielsetzung notwendig um in der Masse der geplanten Projekte unsere Prioritäten festzulegen.

Vor allem muss jetzt gelten: Beendigung angefangener (Groß-)Projekte vor Beginn eines neuen Projekts – gerade im Bereich Bau; **es geht nun mal nicht alles auf einmal!**

Springe schiebt einen riesigen Berg von Investitionen vor sich her, die geplanten Investitionen aus der Nullzinsphase müssen mit einem deutlich höheren Aufwand realisiert werden . Nach Meinung der Gruppe CDU/FWS müssen die geplanten Projekte einer den veränderten Voraussetzungen angepassten, kritischen Betrachtung unterzogen werden. Eine Anpassung des Investitionsprogramms an die heutigen Bedingungen ist unumgänglich.

Eine drohende Überschuldung, vor der unser Kämmerer, nicht nur erst in der öffentlichen Finanzausschuss gewarnt hat, gilt es zu vermeiden – eine echte Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Für die die Gruppe CDU/FWS gilt dabei: „Investitionen in pflichtige Aufgaben gehen vor Investitionen in freiwillige Aufgaben. Für die dann noch verbleibenden Investitionen müssen wir in einem demokratischen Prozess abstimmen, wie wir Schulen, Kindergärten, Feuerwehrgerätehäuser und das Rathaus zueinander priorisieren.“ – so haben wir es schon in einer Presseerklärung während der Haushaltsplanberatungen formuliert.

Ein bisschen mehr darf es sein!

Unsere Anträge zum Haushalt 2023:

- Mittelbereitstellung zur Anschaffung von I-Pads für bedürftige Familien,
- Entlastung von Ehrenamtlichen durch Abschaffung der Nutzungsentgelte für die Sportstätten aber auch für die Nutzung städtischer Räumlichkeiten für heimische Vereine
- die Arbeit an einer Definition der Sportförderung in Springe, dazu Einrichtung eines Fördertopfes mit zunächst 30.000€
- Neuschaffung einer Stelle (A12) Technischer Prüfer

Als Konsolidierungsbeitrag hatte die Gruppe CDU/FWS die Streichung einiger im letzten Jahr neu geschaffenen Stellen vorgeschlagen, die bisher nicht ausgeschrieben und folglich auch nicht besetzt sind. Durch Umstrukturierungen im FB II bei Schaffung einer neuen Leitungsstelle wäre das sinnvoll und machbar. Hier konnten wir uns leider nicht durchsetzen.

Das Fazit aus der Haushaltsrede im Frühjahr hat Bestand:

- Springe braucht einen stabilen und strukturell nachhaltigen Haushalt!
- Und Springe braucht mehr Demut und Zurückhaltung bei der Anmeldung neuer Projekte bzw. dem „Alles-gleich-heute-machen wollen!“

Im Namen der Gruppe CDU/FWS im Rat der Stadt Springe bedanke ich mich abschließend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltsplanes geleistete Arbeit.

Ich wünsche allen ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2023.

Elke Riegelmann,

Vors. Gruppe CDU/FWS im Rat der Stadt Springe

Es gilt das gesprochene Wort.